

# ALTERNATIVEN FÜR DRESDEN

Informationen der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden

## ELTERNBEITRÄGE SENKEN

mehr auf Seite 3

## „WID“ UND GARAGEN

mehr auf Seite 4

## E-MOBILITÄT FÜR DRESDEN

mehr auf Seite 6

## EUROPÄISCHES ZENTRUM DER KÜNSTE HELLERAU

### WIRTSCHAFTLICHES DESASTER GEDECKT DURCH STADTRATSMehrheit

Turnusmäßig werden im Dresdner Stadtrat die Eintrittspreise bei kommunalen Einrichtungen festgelegt, so auch kürzlich beim Europäischen Zentrum der Künste Hellerau (EZK). Die Mehrheit im Dresdner Stadtrat, bestehend aus CDU, Linken, SPD und Grünen verhinderte dabei die von der AfD-Fraktion beantragte Preissteigerung auf ein ähnliches Niveau vergleichbarer Produktionshäuser in Deutschland.

Schon seit Jahren ist das Festspielhaus im Norden Dresdens nämlich ein Fass ohne Boden. Staatlichen Förderungen in Millionenhöhe stehen klägliche Einnahmen durch verkaufte Tickets gegenüber. Kamen 2016 rund 45.000 Besucher nach Hellerau, waren es 2017 mit 43.000 etwas weniger. Von diesen 43.000 besuchten 30.100 Personen kostenpflichtige Veranstaltungen. Dabei blieb 2017 mit 200 kostenpflichtigen Aufführungen die Anzahl der Veranstaltungen ähnlich wie im Vorjahr.

2017 erzielte das EZK Ticketeinnahmen in Höhe von 220.000 Euro, gleichzeitig erhielt es einen städtischen Zuschuss in Höhe von 1.845.000 Euro und 1.150.000 Euro an Dritt- und Fördermitteln.

Ticketeinnahmen machen insgesamt nur 6% aus, 85% des Etats kommen durch städtische Zuschüsse und andere öffentli-

che Fördermittel. Der Steuerzahler subventioniert Hellerau also mit fast 3 Millionen Euro. Mit 275.000 Euro gibt Hellerau darüber hinaus mehr Geld für PR, Werbung und Publikationen aus, als es durch private rechtliche Leistungsentgelte einnimmt.

Doch nicht nur bei den Ticketeinnahmen schneidet das EZK Hellerau im Vergleich zu vergleichbaren nationalen Produktionshäusern schlecht ab. Bezogen auf die Planansätze der jeweiligen kommunalen Haushalte ist der Personaleinsatz exorbitant



## INHALT

EUROPÄISCHES ZENTRUM DER KÜNSTE HELLERAU	01 - 02
ELTERN WIRKSAM ENTLASTEN	03
GRUNDSTÜCKE FÜR DIE WID, ABER KEINE VORTEILE FÜR ANWOHNER	04
DIE ENTWICKLUNG DER LEIPZIGER VORSTADT BLEIBT EINE ENDLOSE GESCHICHTE	05
BLITZEN FÜR DIE UMWELT UND E-MOBILITÄT FÜR DAS GEWISSEN	06
DER ALTERNATIVE BLICK	07
TAG DES OFFENEN RATHAUSES	08
IMPRESSUM	08

## KONTAKT BÜRO

AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden  
 Dr.-Külz-Ring 19  
 Rathaus, 1. Etage, Raum 215  
 01067 Dresden  
[www.afd-fraktion-dresden.de](http://www.afd-fraktion-dresden.de)  
[www.facebook.com/AfDFraktionDresden](https://www.facebook.com/AfDFraktionDresden)

Tel 0351 - 4 88 10 50  
 Fax 0351 - 4 88 10 49  
[post@afd-fraktion-dresden.de](mailto:post@afd-fraktion-dresden.de)

## IHRE STADTRÄTE

Gordon Engler  
 (Fraktionsvorsitzender)  
[ge@afd-fraktion-dd.de](mailto:ge@afd-fraktion-dd.de)

Harald Gilke  
 (Stellv. Fraktionsvorsitzender)  
[hg@afd-fraktion-dd.de](mailto:hg@afd-fraktion-dd.de)

Stefan Vogel  
[sv@afd-fraktion-dd.de](mailto:sv@afd-fraktion-dd.de)

Jörg Urban  
[ju@afd-fraktion-dd.de](mailto:ju@afd-fraktion-dd.de)

hoch. Während das Theater Kampnagel in Hamburg 3,36 Mio. Euro für Personalaufwendungen in 2017 eingeplant hat, veranschlagten Hebbel am Ufer in Berlin 2,1 Mio. Euro und Hellerau 2,8 Mio. Euro. Das Europäische Zentrum der Künste hat dabei aber im Vergleich zum Produktionshaus in Berlin nur halb so viele Zuschauer, verglichen mit Hamburg nur ein Drittel. Der Personalaufwand pro Besucher ist damit bis zu dreimalso hoch. Auch beim Vergleich der Eigenwirtschaftlichen Erlöse zu den Öffentlichen Zuschüssen schneidet Hellerau schlecht ab. Gemeinsam mit dem Theater Hebbel am Ufer in Berlin betragen die Eigenwirtschaftlichen Erlöse nur ein Fünftel im Verhältnis zu den öffentlichen Zuschüssen.

Ähnlich fällt der Vergleich bei den durchschnittlichen Erlösen pro Karte aus. Die Sophiensäle in Berlin, obwohl mit 22.600 Besuchern nur halb so groß wie Hellerau, erzielen mit 214.000 Euro fast genauso hohe Erlöse im Kartenverkauf wie das Festspielhaus im Norden Dresdens. Das hat nicht allein mit der Höhe der Ticketpreise zu tun, sondern auch mit der unrühmlichen Praxis, große Kartenkontingente als Freikarten zu vergeben. Das Dresdner Rechnungsprüfungsamt kam in einer Untersuchung auf einen Freikartenanteil von 20 Prozent, das EZK Hellerau spricht dagegen nur von immer noch sehr hohen 12,5 Prozent.

Ebenfalls problematisch ist die sogenannte HellerauCard. Für gerade einmal 25 Euro im Normaltarif gibt es Preisnachlässe von 50 Prozent pro Karte. Ein solches Konzept soll normalerweise Stammgäste stärker ans Haus binden. In Hellerau kommen aber schon Gelegenheitsbesucher in den Genuss von zusätzlichen Rabatten. Auch hier sah der Antrag der AfD-Fraktion vor, die HellerauCard deutlich zu verteuern, zugleich aber der Rabatt auf 75 Prozent Ermäßigung anzuheben. Damit hätte sich die HellerauCard

erst ab der siebten Veranstaltung und nicht bereits beim Kauf der dritten Karte amortisiert.

Obwohl vergleichbare Produktionshäuser in Deutschland zeigen, dass solche Kultureinrichtungen durchaus wirtschaftlicher agieren können, wurde gegen den Antrag der AfD-Fraktion argumentiert, dass keine belastbaren Vorhersagen über die Akzeptanz der durch die Fraktion vorgeschlagenen Preisstruktur gemacht werden könne. Somit bleiben die Missstände in Hellerau erhalten.

Diese liegen nicht nur in einer falschen Preisgestaltung, sondern sind ganz wesentlich durch ein problematisches Eigenverständnis des Hellerauer Festspielhauses verursacht. Statt effizient sei man lieber modern, offen und pluralistisch, statt eines stringenten Intendantbetriebes gibt es maximale Selbstständigkeit für die Verantwortlichen. Der scheidende Intendant Dieter Jaenicke resümierte in einer Programmschrift des EZK: Hellerau sei ein lustvoll eher auf Regelverletzung gepolter Betrieb, die liquide Struktur bereichere das Programm, chaotisiere aber die Transparenz.

Sogar auf ‚WELCOME TO HELL‘ war Intendant Dieter Jaenicke „ein bisschen stolz“, wie in der Publikation des EZK ‚WE WERE HERE – Hellerau 2009-2018‘ mit Bezug zu den G20-Ausschreitungen in Hamburg kundtat, weil „das Copyright zu diesem Titel eigentlich“ beim Europäischen Kulturzentrum liege. Ohne ein Wort der Distanzierung für die durch die Linksextremisten angerichteten Schäden in Millionenhöhe werden dort die Vorgänge in Hamburg im letzten Jahr verharmlosend als „Mega-Demo“ bezeichnet.

Da der Antrag der AfD-Fraktion abgelehnt wurde, wird sich an den Verhältnissen im Europäischen Zentrum der Künste Hellerau wieder einmal nichts ändern.

Gordon Engler

## ELTERN WIRKSAM ENTLASTEN STADTRATSMehrheit Stimmt gegen Senkung der Kinderbetreuungskosten

Der Sächsische Gesetzgeber verpflichtet Kommunen zur Beteiligung der Eltern an Kosten für in Anspruch genommene Betreuungsleistungen in Kindertageseinrichtungen. Der Rechtsrahmen zur Ausgestaltung der Beiträge, den das Sächsische Kitagesetz vorgibt, ist dabei sehr eng gefasst. Kommunen haben auf die Höhe der Beiträge, die Eltern für Kinder in Krippen, Kindergärten oder Horten monatlich zu leisten haben, damit ihre Kinder eine gute Betreuung erhalten, nur geringe Einflussmöglichkeiten.

Das Sächsische Kitagesetz sieht nämlich eine Beteiligung der Eltern an den Betriebskosten in einem vorgegebenen prozentualen Korridor vor. Beispielsweise sollen Eltern an den Betriebskosten für Kindergärten zwischen 20 und 30 Prozent beteiligt werden. Bei Krippen sieht das Gesetz eine Beteiligung zwischen 20 und 23 Prozent vor. Auch im Bereich der Kindertagespflege oder

bei Förderhorten gibt es Vorgaben seitens des Gesetzgebers.

Bisher hat sich die Stadtverwaltung dabei immer – unter Hinweis auf für öffentliche Haushalte maßgebliche Haushaltsgrundsätze – an der maximal zulässigen Obergrenze des Anteils von Eltern an den Betriebskosten orientiert. Bei Krippen also zum Beispiel an 23 statt der möglichen 20 Prozent. Bei Kindergärten werden die Eltern mit den maximal zulässigen 30 Prozent an den Betriebskosten beteiligt.

Innerhalb von nur zwei Jahren ist die Beteiligung an den Betriebskosten im Bereich der Horte um gute 5,5 Prozent, bei den Krippen um reichlich 6 Prozent und bei den Kindergärten sogar um knapp 11 Prozent, genau 10,75 Prozent angehoben worden.

Für eine normale Familie bedeuten dies beachtliche Zuwächse, die bei den allerwenigsten durch adäquate Lohnsteigerungen abgefedert werden dürften.



Auch die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten als Sonderausgaben umfasst nur zwei Dritteln der angefallenen Kosten. Jede Erhöhung der Elternbeiträge geht daher zu Lasten des verfügbaren Einkommens bei vielen Familien.

Mit einem Ersetzungsantrag wollte die AfD-Fraktion im Stadtrat die Elternbeteiligung für alle Betreuungsarten auf 20 Prozent reduziert und damit allein in diesem Jahr eine echte Erleichterung für Eltern von knapp 5 Mio. Euro erreichen. So hätte beispielsweise für ein Krippenkind in elfstündiger Betreuung 34,52 EUR monatlich weniger bezahlt werden müssen, aufs Jahr gerechnet immerhin 414,24 Euro.

Die Stadtratsmehrheit von Rot-Rot-Grün und CDU stimmte gegen den AfD-Vorstoß und erhöhte stattdessen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, die Elternbeiträge. Somit schlossen sich diese Fraktionen der Argumentation im Jugendhilfeausschuss an, wonach es sich bei der Anhebung nur um „ein paar Euro“ handeln würde, die niemanden ärmer machen würden.

Harald Gilke



AUSGABE: ZUM HERUNTERLADEN

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/fraktionszeitung-alternativen-fuer-dresden-nr-2-2018.html>



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/eltern-wirksam-entlasten.html>

## GRUNDSTÜCKE FÜR DIE WiD, ABER KEINE VORTEILE FÜR ANWOHNER

Am 17. Mai 2018 hat der Stadtrat die Einlage von weiteren Grundstücken in die WiD Wohnen in Dresden GmbH & Co. KG beschlossen (V2148/17). Damit wurden die acht städtischen Grundstücke in der Bamberger Straße, der Carl-Zeiss-Straße, der Nöthnitzer Straße, der Ockerwitzer Straße, der Pillnitzer Landstraße, der Rathener Straße, der Spenerstraße sowie dem Thymianweg an die neue kommunale Wohnungsbaugesellschaft übertragen. Im sogenannten ersten Grundstückspaket waren zuvor bereits zwölf Grundstücke der Landeshauptstadt Dresden in das Eigentum der WiD übergegangen. Mit dem aktuellen Beschluss missbilligte der Stadtrat jedoch auch, „dass seitens des Oberbürgermeisters nicht vor der Veröffentlichung der Vorlage das Gespräch mit den betroffenen Grundstückspächtern gesucht worden ist [...]“. Auf fünf der Grundstücke befinden sich seit Jahrzehnten Garagenhöfe. Diese, von den Garagengemeinschaften zumeist selbst erbaut, sollen nun für den Wohnungsbau weichen. Für die Garagengemeinschaften, die zumeist aus älteren Mitgliedern bestehen, kommt es aber noch dicker: sie müssen die Abrisskosten von mehreren Hundert Euro pro Garage selbst tragen.



Insgesamt würde die WiD 327.000 Euro brauchen, wenn sie für den Abriss der ganzen Garagen allein aufkommen müsste, teilte Baubürgermeister Raoul Schmidt-Lamontain (Grüne) auf Anfrage dem Stadtrat mit. Zudem sei dieses Geld nicht im Haushalt eingestellt und müsste die WiD alles selbst bezahlen, würden Mittel für den Bau neuer Wohnungen fehlen, gesteht Schmidt-Lamontain ein. Seit Beginn der neuen Woba-Träume durch die rot-rot-grüne Stadtratsmehrheit warnt die AfD-Fraktion vor den wirtschaftlichen Risiken des Projektes für den Steuerzahler und den übersteigerten Hoffnungen, dass die Wohnungsbaugenossenschaft kurzfristig Einfluss auf die Entlastung des Wohnungsmarktes sowie die Mietpreise haben wird. Zudem hat die AfD-Stadtratsfraktion sich frühzeitig dafür eingesetzt, mit den Betroffenen Garagengemeinschaften eine sozialverträgliche Lösung zu erarbeiten, was von den übrigen Fraktionen

im Stadtrat jedoch abgelehnt wurde. Zukünftig weiter geplante Grundstücksübertragungen an die neue Wohnungsbaugesellschaft dürften die nächsten Garagenhöfe treffen – fast 100 Flächen der Landeshauptstadt sind mit Garagenhöfen bebaut. Für die Stadtverwaltung und die neugegründete WiD städtebauliches Entwicklungspotenzial, um zunächst die geplanten 800 Wohnungen zu errichten. Mit der Fertigstellung der ersten 22(!) Wohnungen wird voraussichtlich erst Ende 2019 zu rechnen sein. Bei diesen Wohnungen handelt es sich nach Angaben der WiD um sogenannte belegungsgebundene Wohnungen – diese stehen ausschließlich Haushalten mit geringem Einkommen zur Verfügung. Die WiD teilt daher vorsorglich auf ihrer Internetseite mit: „Eine Wohnung der WiD kann daher nur anmieten, wer über einen Wohnberechtigungsschein verfügt.“

Stefan Vogel

### AFD-ANFRAGE BESTÄTIGT: MEHR WOHNBERECHTIGUNGSSCHEINE FÜR FLÜCHTLINGE ALS FÜR DEUTSCHE

Auf die Anfrage (AF2404/18) von Stefan Vogel teilte Oberbürgermeister Dirk Hilbert mit, dass im Jahr 2017 an anerkannte Flüchtlinge 1.100 Wohnberechtigungsscheine ausgestellt wurden. 918 Wohnberechtigungsscheine wurden an deutsche Staatsbürger, 49 an EU-Ausländer ausgestellt. Im Jahr 2017 wurden in der Landeshauptstadt Dresden insgesamt 2.326 Anträge auf einen Wohnberechtigungsschein positiv be-

schieden und acht abgelehnt. 2016 wurden 2.694 Anträge positiv beschieden, sieben abgelehnt. Bis zum 30. April 2018 wurden 678 Anträge auf einen Wohnberechtigungsschein positiv beschieden und einer abgelehnt. Insgesamt verfügt die Landeshauptstadt Dresden über Belegungsrechte für 10.190 Wohnungen. Davon waren zum Stichtag 625 zur Vermietung frei gemeldet.

## DIE ENTWICKLUNG DER LEIPZIGER VORSTADT BLEIBT EINE ENDLOSE GESCHICHTE

Erwartungsgemäß hat die linke Stadtratsmehrheit den Masterplan zur Leipziger Vorstadt/Neustädter Hafen abgesegnet und sich damit für Wohnbebauung in dem Areal ausgesprochen und gegen die Ansiedlung des bereits geplanten GLOBUS-Warenhauses.

Das Unternehmen GLOBUS beabsichtigt auf den dort erworbenen Flächen ein SB-Warenhaus mit über 8.000 Quadratmetern Verkaufsfläche und rund 1.000 Parkplätzen zu bauen. Dadurch sollen mindestens 300 neue Arbeitsplätze an dem Standort entstehen. Zudem möchte das Unternehmen auf dem Areal eine Kita sowie ein Museum für den Eisenbahnpionier Friedrich List errichten.

Die ausführlichen Planungen dazu liegen vor, ebenso seit 2014 ein sogenannter Aufstellungsbeschluss durch den Stadtrat, der dem Unternehmen eine Baugenehmigung für das geschätzt 60 Millionen Euro teure Großprojekt in Aussicht stellt.

Durch die von Linken, SPD und Grünen geänderte Rahmensezung sucht die Landeshauptstadt Dresden nun nach einem Alternativstandort für GLOBUS – bisher liegt jedoch noch keine tragfähige Lösung vor.

Stattdessen wird immer wieder von den verschiedenen Kritikern des GLOBUS-Projektes betont, dass in dem Gebiet der Leipziger Vorstadt 1.700 neue Wohnungen, kleine Geschäfte und Räume für Künstler und die Kreativwirtschaft entstehen könnten.

Schaut man auf das Areal rund um den Alten Leipziger Bahnhof, erkannt man sofort dessen Lage an der Hauptverkehrsstraße Leipziger Straße sowie an den Bahngleisen. Schallschutz für die Mieter durch den Lärm von Straßenverkehr und



Güterzügen wird daher zu großen Herausforderungen beim Bauen führen. Vielleicht müssen die dann verantwortlichen Bauherren wieder Wohnungen ohne zu öffnende Fenster planen, um den rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden. „Ob Wohnen am Leipziger Bahnhof wirklich eine Lösung ist, daran habe ich meine Zweifel“, bekannte damals Linken-Stadtrat Tilo Wirtz. Diese Erkenntnis haben die Politiker der Linken mittlerweile verdrängt.

Ob um den Alten Leipziger Bahnhof herum tatsächlich ein gefragtes Stadtviertel entsteht oder doch eher ein sozialer Brennpunkt, bleibt also noch einige Zeit lang abzuwarten.

„Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Ideologisches Scheuklappen Denken und wahltaktische Überlegungen des linken Lagers blockieren die Entwicklung der Leipziger Vorstadt auf jeden Fall um vie-

le, viele Jahre“, urteilt Stefan Vogel, sozial- und wohnungspolitischer Sprecher der AfD-Stadtratsfraktion, und fügt an: „Einladend ist die Gegend mit ihren Industrieruinen gerade nicht. Aber das Unternehmen GLOBUS hatte zumindest eine konkrete Idee, etwas in dem Areal zu entwickeln. Außer schwammigen Versionen bieten die GLOBUS-Kritiker noch nichts Handfestes.“

Wann in dem Gebiet also tatsächlich etwas Neues entsteht, hängt maßgeblich vom Grundstückseigentümer GLOBUS ab. Für den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden ist das Hin und Her um den Alten Leipziger Bahnhof und der Umgang mit Investoren auf jeden Fall keine Erfolgsgeschichte. Die politischen Entscheidungsträger tragen die Verantwortung, wenn die Entwicklung der Leipziger Vorstadt eine endlose Geschichte bleibt.

Stefan Vogel



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/grundstuecke-fuer-die-wid.html>



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/die-entwicklung-der-leipziger-vorstadt-bleibt-eine-endlose-geschichte.html>

## BLITZEN FÜR DIE UMWELT UND E-MOBILITÄT FÜR DAS GEWISSEN

Zwei Blitzer sind zum großen Ärgernis in Dresden geworden: der „Starenkasten“ auf der Waldschlösschenbrücke und die neue Geschwindigkeitsmessanlage auf der Bergstraße. Beide Blitzer haben gemeinsam, dass sie eine verfehlte Verkehrsideologie in der Stadt offenlegen.  $40\mu\text{g}/\text{m}^3$  - dieser Grenzwert für die Belastung mit Stickstoffoxiden stellt Kommunen vor große Herausforderungen. Derzeit klagt der Abmahnverein „Deutsche Umwelthilfe“ mit überwiegend medialem Wohlwollen gegen Städte und Gemeinden, die diesen Wert nicht einhalten. Auch Dresden lässt sich von dieser angespannten gesellschaftlichen und medialen Stimmung treiben. Mit der Geschwindigkeitsmessung auf der Bergstraße sollen die Stickstoff-



oxidemissionen in den Griff bekommen werden. Die Messanlage liefert nämlich Belastungen, die dem Grenzwert sehr nahe kommen. Problematisch sind aber sowohl der Grenzwert als auch der Standort der Anlage.

Die  $40\mu\text{g}/\text{m}^3$  NOx für den Außenluftgrenzwert sind – wie der deutsche Verhandlungsleiter bei der EU zur Festlegung dieser Werte unlängst zugab – willkürlich aus einer Empfehlungsliste der WHO herausgegriffen worden. In den USA gelten für die Außenluft ganz andere Werte, nämlich  $100\mu\text{g}/\text{m}^3$ . An Arbeitsplätzen gelten übrigens teils 24mal höhere Grenzwerte für Stickoxide, auch in Deutschland. Eine wissenschaftliche Begründung für den Grenzwert existiert somit nicht.

Hinzu kommt, dass Politik und Verwaltung bei der Schadstoffmessung eine unrühmliche Rolle spielen und künstlich überhöhte Schadstoffwerte produzieren. Laut 39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes darf der Messeinlass nicht in nächster Nähe von Emissionsquellen angebracht werden, um die unmittelbare Einleitung von Emissionen, die nicht mit der Umgebungsluft vermischt sind, zu vermeiden.

Bei allen Schadstoffen müssen Messstellen zudem mindestens 25 Meter vom Fahrbahnrand verkehrsreicher Kreuzungen entfernt sein. Selbst die EU fordert: Keine Messung an Orten mit höchster Konzentration. Bei der Messstation auf der Bergmannstraße bestehen konkrete Zweifel, ob die Anlage diesen europäischen Standards überhaupt genügt. Selbst im Dresdner Luftreinhalteplan heißt es zur Bergstraße sinngemäß:

Die Immissionen werden für Immissionspunkte an der Häuserfront berechnet, der Standort der Messstellen ist jedoch am Fahrbahnrand. Da die Schadstoffkonzentrationen mit zunehmender Entfernung von der Quelle (Fahrbahn) abnehmen, würden an der Häuserfront deutlich niedrigere Konzentrationen gemessen werden.

Auf eine Anfrage der AfD-Fraktion teilte die Umweltbürgermeisterin mit, dass durch das Tempolimit auf der Bergstraße kein konkreter Rückgang der Stickstoffoxide prognostiziert werden könne, sondern nur die Hoffnung bestünde, dass die Gesundheitsbelastungen für die Anwohner durch die Durchsetzung des bestehenden Tempolimits deutlich



## DER ALTERNATIVE BLICK

Dem autonomen Fahren gehört die Zukunft. Das ist mittlerweile absehbar. Während rot-grüne Verkehrsideologen von autofreien Städten träumen, in denen sich die Menschen nur mit Fahrrad und Öffentlichem Nahverkehr von A nach B bewegen, gelegentlich vielleicht noch ein Car-Sharing-Angebot nutzen, weil die beim Händler erworbenen neuen Möbel doch zu sperrig fürs Lastenrad sind, macht sich Wissenschaft und Wirtschaft daran, unsere Vorstellung von Mobilität zu revolutionieren.

Ab Herbst 2018 wird auch in Dresden das autonome Fahren erprobt. Mehrere Testkorridore im Stadtgebiet sollen die Chance bieten, unter realistischen Bedingungen die Möglichkeiten und Probleme der Zukunft des individuellen Personenverkehrs zu erforschen. Dresden ist bereits heute ein wichtiger Standort der Verkehrswissenschaften mit hoher Innovationskraft. Die Tests für das autonome Fahren stärken daher sowohl den Wissenschaftsstandort als auch die Autoindustrie in Dresden.

Wer diese Entwicklung und das zugrunde liegende Potential betrachtet, kommt zu dem Schluss: sobald das autonome Fahren die Marktreife erlangt, spricht alles für einen neuerlichen Boom des Autos. Von autofreier Stadt zu sprechen, grenzt daher an Wirklichkeitsverleugnung. Auch selbstfahrende Autos werden viel Platz im Straßenverkehr beanspruchen. Derzeit läuft die Verkehrspolitik jedoch in die völlig falsche Richtung. Der PKW-Verkehr wird bei jedem neuen Straßenbauprojekt gegenüber dem Fahrrad oder dem ÖPNV behindert. Statt Fahrbahnen gibt es überbreite Radstreifen, statt durchgehend „grüner Welle“ wird der Verkehr an jeder Haltestelle der Straßenbahn ausgebremst. „Stop and Go“ ist nicht nur überaus lästig für den einzel-

nen Fahrer, sondern nebenbei auch eine der Hauptursachen für Stickoxid- und Feinstaubbelastung, die vorgeblich reduziert werden sollen.

Wie ideologiegeladen die verkehrspolitische Debatte mittlerweile geführt wird, zeigt ein Antrag der Grünen zur Neuordnung des Verkehrsraumes am Neustädter Markt. Obwohl Verkehrsprognosen klar die Zunahme des Fahrradverkehrs aufgrund der Nähe zum Elbradweg bestreiten, obwohl derzeit ein städtebaulicher Wettbewerb zur Neugestaltung des gesamten Areals durchgeführt wird, wollen die Grünen vollendete Tatsachen schaffen und mit einem Prüfauftrag sowie einem später sicherlich folgende Beschluss Verkehrsraum zu Lasten des Autoverkehrs für Fahrradfahrer bereitstellen.

Kommt das selbstfahrende Auto, fehlen genau solche Verkehrsflächen umso mehr. Rückgebaute Straßen werden dann wieder auf das autonome Fahren ausgerichtet werden müssen. Voraussicht in der Verkehrspolitik wäre essentiell. Leider bestimmt derzeit die Unvernunft rot-grüner Verkehrsideologie die Politik.



Jörg Urban



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/blitzen-fuer-die-umwelt-und-e-mobilitaet-fuer-das-gewissen.html>



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/der-alternative-blick-02-2018.html>

# TAG DES OFFENEN RATHAUSES

Zum „Tag des offenen Rathaus“ am 30. Juni 2018 präsentierte sich auch die AfD-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden den zahlreichen Besuchern. Rund 8.000 Besucher kamen insgesamt zum Rathaus, um nicht nur Einblicke in die Arbeit der Verwaltung zu erhalten, Gespräche mit Verantwortlichen zu führen und besondere Ausstellungsstücke zu begutachten, sondern auch um gemeinsam mit der Feuerwehr Dresden zu feiern.

Und so erhielten nicht nur die Herren mit Blaulicht viel Lob und Zuspruch von den Dresdnern, auch das Blau der AfD-Fraktion erregte Interesse. In vielen Gesprächen diskutierten die Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke und Stefan Vogel mit den Bürgern über kommunale Themen wie Fernsehturm, Verkehrsentwicklung, Brückensanierungen oder weitere Infrastrukturprojekte, die Entwicklung der Schullandschaft sowie den Zustand der Dresdner Kulturszene. Zum Thema „Kultur mit Schlagseite“ fand dann auch in den Räumen der Fraktionsgeschäftsstelle eine Diskussi-

onsrunde mit Frau Susanne Dagen statt. Dagen, Buchhändlerin aus Loschwitz und Initiatorin der „Charta2017“, musste selbst erfahren, welche Folgen es haben kann, als PEGIDA-Sympathisantin zu gelten. Sie wurde boykottiert, langjährige Freunde wendeten sich ab. Sie machte deutlich, wie schwer eine konstruktive Debatte über politische Zustände geworden ist.

Dass Kunst in Dresden politisch vereinahmt wird, wollten weder Dagen noch ihr Gesprächspartner Engler dementieren. Kunst als Erziehungsmittel oder pure Provokation sei jedoch nicht der richtige Weg, um die Stadtgesellschaft nach vorn zu bringen.

„Der Tag des offenen Rathauses war ein voller Erfolg. Das lag nicht zuletzt auch an der starken Präsenz der Dresdner Feuerwehr. Die AfD-Fraktion gratuliert nochmals recht herzlich zum 150-jährigen Jubiläum der Berufsfeuerwehr und dankt den tatkräftigen Feuerwehrleuten für ihre Einsatz zum Schutz der Dresdner Bevölkerung“, so AfD-Fraktionsvorsitzender Gordon Engler.

## BÜRGERSPRECHSTUNDEN MIT AFD-STADTRAT STEFAN VOGEL

Do., 25.10.18 15:00 - 16:00 Uhr Verwaltungsstelle Altfranken  
 Do., 25.10.18 16:30 - 18:00 Uhr Verwaltungsstelle Gompitz  
 Di., 30.10.18 15:00 - 16:00 Uhr Verwaltungsstelle Mobschatz  
 Di., 30.10.18 16:30 - 18:00 Uhr Verwaltungsstelle Cossebaude  
 Do., 08.11.18 16:30 - 18:00 Uhr RathausPlauen  
 Di., 13.11.18 16:30 - 18:00 Uhr Rathaus Pieschen  
 Do., 15.11.18 16:30 - 18:00 Uhr Rathaus Cotta

Weitere Infos und Kontakt [sv@afd-fraktion-dd.de](mailto:sv@afd-fraktion-dd.de)  
 Anmeldung erbeten unter (+49) 1702458113

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke, Jörg Urban MdL, Stefan Vogel)  
 Postfach 12 00 20 - 01001 Dresden  
 V.i.S.d.P.: Fraktionsvorsitzender Gordon Engler

### KONTAKT

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden  
 Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
 1. Etage, Raum 215  
 Tel 0351 - 4 88 10 50  
 Fax 0351 - 4 88 10 49  
[post@afd-fraktion-dresden.de](mailto:post@afd-fraktion-dresden.de)  
<http://www.afd-fraktion-dresden.de>  
<http://www.facebook.com/AfDFraktionDresden>

### FOTOS / BILDER

HARALD GILKE (1)  
 PIXABAY.COM (3), (4) U. (6)  
 D.STEINMANN (5)  
 D. TAPHORN (6),  
 AFD-FRAKTION PORTRAIT (7)

### ERSCHEINUNGSWEISE

Dreimonatlich

### DRUCKAUFLAGE

2.000 Exemplare

Die „Alternativen für Dresden“ sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden und dürfen nicht für Wahlwerbung verwendet werden.

## ABONNEMENT?

Wir senden kostenfrei zu!

Einfach Nachricht mit Kontaktdaten an:  
[post@afd-fraktion-dresden.de](mailto:post@afd-fraktion-dresden.de)